



Line Bernstein

Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur

Neue Strukturen für koproduktive Gestaltung

Aktuelle Normalität wachsender Städte sind steigende Mieten, Verdrängung, räumliche Disparitäten, funktions-homogene Quartiere sowie Verkehrs- und Infrastrukturprobleme. Diese Ergebnisse fordern ein neues Planungsverständnis statt Verwertungsinteressen und kurzsichtiger Planung. Gleichzeitig zeigt sich das Versagen kommunikativer Strategien innerhalb konventioneller Top-down-Prozesse am wachsenden Protest gegen deren Ergebnisse. Entstehende Leerstellen werden zunehmend von gemeinwohlorientierten Initiativen gefüllt. Diese bearbeiten inhaltliche Nischen und sind in der Lage, flexibel und ideenreich auf die komplexe Realität von Problemen einzugehen (vgl. BBSR 2021, S. 10). Dem Rechnung tragend, entwickelt das Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik „Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur“ einen landesweit agierenden Systemdienstleister für Teilhabeprojekte, Bottom-up-Initiativen, Koproduktion und partizipative Stadtplanung. Dieser Akteur macht es sich zur Aufgabe, die Interessen gemeinwohlorientierter Initiativen zu vertreten, Projekte zu vernetzen und Lernprozesse zu beschleunigen.

Verlorene Teilhabe in der Krise

Aktuelle Zahlen aus dem Jahresbericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung zeigen schwindendes Vertrauen in die Politik und den Staat. Im Juli und August 2022 zeigen sich nur noch 55 % der Deutschen mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert, zufrieden (vgl. Ostbeauftragter 2022, S. 92). Nur noch 19 % der Gesamtdeutschen sind davon überzeugt, dass Politikerinnen und Politiker Interesse an den Gedanken der einfachen Leute haben (ebenda). In der Umfrage zeigt sich darüber hinaus ein enger Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit in der aktuellen Lebenssituation und der Zugehörigkeit zu einem politikfernen Bevölkerungskcluster (ebenda, S. 95). Diese Unzufriedenheit zeugt von der schwindenden Selbstwirksamkeit, schwierige Situationen aus eigener Kraft erfolgreich meistern zu können oder angemessen von der Politik vertreten zu werden.

Bei einer Einschränkung der materiellen, politischen, kulturellen und sozialen Teilhabe schwindet gleichermaßen die Legitimation für den Sozialstaat. Gleichzeitig hat der Schockmoment der Coronapandemie den Modus operandi demokratischer Prozesse innerhalb weniger Wochen verändert und bestehende Krisen, wie die Wohnungs-, Verdrängungs- und Demokratiekrise, weiterhin verschärft. Gesamtheitlich von der Krise betroffen, erfolgt die Verarbeitung der neuen Herausforderungen durch die Kontaktbeschränkungen im privaten, persönlichen Rahmen.

Wenn in Thüringen der Wunsch nach Beteiligung während der Pandemie steigt (Reiser et al. 2021, S. 39), ist dies der Ausdruck der Erkenntnis, dass durch die Pandemie bedingte Einschränkungen den Zugang zu Netzwerken für die Zi-

vilgesellschaft erschwert haben, während etablierte Akteure weiterhin an Gestaltungsmacht partizipieren. Als Folge befinden wir uns in einer multiplen sozialen, institutionellen und politischen Krise, die die Legitimierung unserer Demokratie angreift (vgl. Calbet i Elias et al. o. J., S. 23).

In der öffentlichen Wahrnehmung kommt es zunehmend zu einer neoliberalen Verantwortungsverschiebung, die sich auf private Ressourcen verlässt (vgl. ebd., S. 22 ff.). Die von der Leipzig-Charta geforderte „gerechte Stadt“ kommt ohne Verbindlichkeit für die Kommunen aus. Gleichzeitig führt fehlende politische Teilhabe bei Bürgerinnen und Bürgern zu Frustration und Vertrauensverlust in Politik und Verwaltung. Dieses in der Pandemie durch Isolation verstärkte Phänomen verursacht einen gesamtgesellschaftlichen vulnerablen Zustand, der mehr und mehr zu Angststörungen, Entfremdung und Depressionen führt.

Stell dir vor, es ist Beteiligung, und keiner geht hin?

Mit dem Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur (ZBK) schaffen wir einen Akteur koproduktiver Stadtgestaltung. Er sieht sich als Systemdienstleister landesweiter Beteiligungsprojekte und fühlt sich für die Interessensvertretung zivilgesellschaftlicher Haus- und Raumprojekte einer lebendigen, enkeltauglichen Stadt verantwortlich. Wir stehen für eine Beteiligungskultur ein, die sich nicht nur punktuell begreift, sondern einen dauerhaften Mehrwert in partizipativen Prozessen in der Stadtentwicklung sieht. Das Zentrum für Beteiligungskultur sieht sich weder als Planungsbüro noch als exklusiver Verein. Es beschreibt ein Kollektiv mit Haltung zu einem kulturellen Beteiligungsbegriff, das Teil-



habeprojekten einen Rahmen gibt, eine physische Anlaufstelle bietet sowie Stakeholder berät und vernetzt.

Die Entstehung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen in der Stadtentwicklung mag als Hinweis zu verstehen sein, dass informelle Planungsprozesse nicht mehr ausreichen, um den Bedürfnissen einer gemeinwohlorientierten Stadt gerecht zu werden. An dieser Stelle wird das zivilgesellschaftliche Engagement als Hoffnungsträger idealisiert und eine größere Wirksamkeit in dauerhaft nachhaltigen und anpassungsfähigeren Lösungen attestiert. Während Verwaltungen noch mit der Legitimation zivilgesellschaftlicher Stadtentwicklung hadern und fehlende Nachfrage in konventionellen Beteiligungsformaten herrscht, wird den Stadtmachern zu mehr vertrauensbildenden Maßnahmen in der Beziehungsbildung zu ihrer Verwaltung geraten (vgl. BBSR 2020, S. 147). Nach dem Motto „Liebe deine Verwaltung wie dich selbst!“ soll der Antagonismus zwischen verwaltungsinternen Planungsprozessen und einem zivilgesellschaftlichen inkrementellen Planungsverhältnis in Form einer Do-ocracy aufgehoben werden. Dieser Verantwortungsverschiebung stehen wir aus zweierlei Gründen kritisch gegenüber:

- Es lässt die ursächlichen Probleme außer Acht: Das Vertrauen in Institutionen ist gestört. Verwaltungen sehen gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung als Nische an und vertreten den Gleichbehandlungsgrundsatz für Wertungsinteressen gegenüber selbstorganisierten Projekten. Beteiligung kann in diesem Fall nur Makulatur sein. Der Zivilgesellschaft wird die Verantwortung für den gemeinwohlorientierten Sektor übertragen, während das notwendige Vertrauen und die Möglichkeitsfenster zur Umsetzung auch auf ihren Schultern lasten.
- Es lässt die Ungleichverteilung von Ressourcen zur Teilhabe außer Acht und priorisiert unreflektiert privilegierte Partizipation. Marginalisierte und benachteiligte Gruppen erhalten die Möglichkeit, ihre benachteiligte Position über Engagement selbst auszugleichen. Wer kann, der muss aber auch. Dabei ist Selbstwirksamkeit kein Ersatz für Solidarität. Schwierig wird es für diskriminierte Gruppen, wenn eingeschränkte Teilhabe ein Ausschlusskriterium an der Lösung darstellt.

Alles muss man selber machen! Muss ich alles selber machen?

Je intensiver man sich mit neuen Leitbildern von Stadtentwicklung beschäftigt, desto mehr beginnt man, zu verstehen, dass, obgleich unzureichende Planungsprozesse und Systemfehler erkannt wurden und Ziele eine deutliche Bestärkung hinsichtlich der Gemeinwohlorientierung erhielten, dies nicht unbedingt bedeutet, dass stadtplanerische Ergebnisse nun besser werden. Die Zuschreibung „besser“ bedeutet in diesem Fall weder eine objektive Bewertung,

noch ist das Adjektiv auf ein singuläres Ziel ausgerichtet. Die große Faszination von innovativen Einzelprojekten führt zu starken Detailbildern, klammert jedoch das fehlende Gesamtbild von einer neuen Planungskultur aus. Die Anziehungskraft zivilgesellschaftlicher Gestaltungskraft lässt vergessen, dass die Verantwortung für verbesserte Stadtquartiere nicht allein auf den Schultern benachteiligter und resignierter Gruppen liegen darf, sondern vielmehr ein geeigneter Intermediär erforderlich ist, der marginalisierten Gruppen Kontakt auf Augenhöhe zu Trägerstrukturen herstellen kann.

Vom Stadtkonsumenten zum Stadtproduzenten

Das Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur (ZBK) möchte landesweit Orte initiieren und unterstützen, in denen Stadtentwicklungspolitik zugänglich und erfahrbar wird. Neue Moderationstechniken und buntes Ideenclustern reichen als Werkzeugkasten lange nicht mehr aus. Neue Planungsprozesse sind Demokratiearbeit und müssen diskriminierungsfrei zugänglich gemacht werden. So wie Bibliotheken ein revolutionärer Gedanke für die Bildung waren und Museen für die Kunst, müssen Stadtlabore in die Städte und Kommunen, um Informationen und Teilhabe in der Stadtentwicklung barrierefrei zu ermöglichen.

Das ZBK befindet sich noch im Aufbau und ist aktuell Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Über Reallabore, wie zivilgesellschaftliche Bottom-up-Projekte und eigene Experimentierformate, lernt es, an welchen Stellen die Zusammenarbeit zwischen Stadtnutzern und Verwaltung noch nicht funktioniert und an welchen Stellen der Gestaltungs- und Förderlandschaft zivilgesellschaftliche Akteure noch nicht mitgedacht werden.

Das ZBK möchte Inseln verbinden: Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Vereine, Wirtschaft und Kunst. Wir dürfen nicht den Fehler machen und glauben, dass diese Bereiche einander Gegenspieler sind. Gemeinwohlorientierung muss nicht unwirtschaftlich sein, Verwaltung ist nicht das Gegenteil zivilgesellschaftlicher Interessen. Kunst, Wissenschaft und Verwaltung müssen mehr zusammenarbeiten, um zu diskutieren, wie Zukunftsziele und Wissen kommuniziert werden sollten. Der Umstand, dass Zivilgesellschaft und Verwaltung immer noch als Antagonisten gesehen werden, ist ein starker Indikator für das Versagen unserer Kommunikation. Der Fakt, dass dieses Narrativ mehr von Politik genährt wird als von der Wissenschaft, ist noch besorgniserregender.

Die Menschen im Kollektiv des Zentrums für Beteiligungskultur sehen sich als Stadtpartner neuer Strukturen und Prozesse für mehr Gemeinwohl. In den letzten zwei Jahren konnten im Kollektiv einige entscheidende Prototypen für



die Arbeit koproduktiver Stadtentwicklung konzipiert werden. Als echte Prototypen unterliegen diese einem ständigen Evaluations- und Modifizierungsprozess.

Schlüsselziele des Zentrums für Beteiligungskultur sieht das Kollektiv in folgenden Punkten:

- Demokratiewerk in der Stadtentwicklung stärken
- diskriminierungsfreien Zugang zur Gestaltung von Raum ermöglichen
- Schnittstelle in die Verwaltung
- Innovation über die Zusammenarbeit von kontrastreichen Akteuren und Disziplinen ermöglichen
- Förderung von Analysen, Ideenentwicklung sowie Prozessen in der Phase null von selbstorganisierten Hausprojekten
- Arbeiten auf Augenhöhe, Gemeinschaftsbildung, Förderung von achtungsvollen Beziehungen im Quartier
- gemeinwohlorientierte Diskurse über die Vereinbarung unterschiedlicher Zukunftsfragen einer enkeltauglichen Stadt führen.

Prototypen, die im Zentrum angewendet und erprobt werden:

- Stadt- und Gründerlabore
- Stammtischformate und dazugehörige Quartiersfonds als basisdemokratische Bieterkreise
- Immovieliengründerhäfen als unterstützende Veranstaltungsreihen für selbstverwaltete Projekte (z. B. Wohnraumhäfen)
- kreative, prozessorientierte, koproduktive Transferwerkstätten
- Dachgesellschaft für selbstverwaltete, renditefreie Immobilienprojekte.

Wohnraumhäfen für nutzergetragene Projekte

Immovielen sind „zivilgesellschaftliche Initiativen, die in Städten und ländlichen Räumen selbstorganisiert, solidarisch und in Kooperation mit Partnern Immobilien für sich und ihre Nachbarschaft entwickeln“ (Netzwerk Immovielen e. V. 2022). Solche Hausprojekte sind in den vergangenen Jahren bundesweit entstanden. Dem alternativen Weg in der Nische der Wohnraumversorgung konnten sie trotz hoher Nachfrage noch nicht entfliehen. Um die Barrieren zu verringern und neue Projekte anzustoßen, existieren multiple Instrumentarien der Förderung und Kommunikation (Tsvetkova 2022, S. 28ff.). Gleichwohl scheint in der Initiation eines Bottom-up-Projekts von oben ein Widerspruch zu liegen. Leuchtturmprojekte vermitteln den Hang zur Unvergleichlichkeit und scheinen durch besondere Rahmenbedingungen entstanden zu sein. Kommunen zweifeln an der Übertragbarkeit auf ihre speziellen Voraussetzungen und sind demgemäß auf der Suche nach der besonderen Immobilie, den herausragenden Engagierten oder dem personellen Möglichkeitsfenster innerhalb der Verwaltung, bevor sie sich an das Experiment von Immovielenprojekten wagen.

Das Zentrum für Beteiligungskultur bietet Kommunen einen greifbaren Weg, wirkungsvoll Impulse für die Entstehung neuer selbstverwalteter Hausprojekte zu setzen. Ziel ist die Ermöglichung eines solchen Projekts außerhalb der Nische und die Zugänglichkeit für eine größere Bevölkerungsschicht. Der Prototyp „Wohnraumhafen“ ist ein Impulsformat, das über mehrere Monate Kommunen und neu gegründete Projektgruppen begleitet und sie in der Entstehung neuer Hausprojekte unterstützt. Im Ablauf des „Wohnraumhafens“ finden sämtliche Techniken des Scoutings und Coachings neuer Projekte zum passenden Zeitpunkt ihre

Anwendung. Das Kollektiv greift dabei auf sämtliche Instrumentarien der Vergabe, Beratung, Trägerstrukturen und sonstiger Gründungshilfen zurück.

Immovielenprojekte sind Leuchtturmprojekte. Diesen außergewöhnlichen Projekten liegen jedoch meist höchst übertragbare Initiationsriten zugrunde, die sich Nachahmer zunutze machen können. Der Schlüssel ist in diesem Fall das gesicherte Aneinanderketten von Voraussetzungen, die über infrastrukturelle Unterstützung, Vernetzung und eine qualifizierte Immobilienvergabe den Entstehungsprozess wirkungsvoll moderiert. Als Beispiele aus dem Kollektiv sind hier zu nennen:



Abb. 1: Immovielenprojekt Alte Feuerwache Weimar



- Feuerwache Weimar: selbstverwaltetes Quartiersprojekt mit innovativem Planungs- und Belegungskonzept
- WerkBank Weimar: renditefreies Kreativhaus mit Gründerlabor und Co-Working in Eigentum der Community.

Stadtlabore als Räume für Stadtgestaltung

Anders als die Partizipationsleiter von Sherry R. Arnstein zur Klassifikation von Bürgerbeteiligungsverfahren folgt das ZBK keiner hierarchischen Wertung von Bürgerkontrolle als höchster Form der Beteiligung. Das Stadtlabor ermöglicht die Teilhabe an Stadtentwicklung jenseits der Gründung eines eigenen Immobilienprojekts und sieht sich dessen auch nicht unterlegen.

Das Stadtlabor ist ein Begegnungsort, der systematisch gegen fehlende Responsivität, mangelnde Teilhabe und die Verantwortungsverschiebung auf die Zivilgesellschaft vorgehen will. Statt leerer Empowermentworthülsen geht ein Stadtlabor zielorientiert fragend auf Stadtnutzer zu und bindet sie unvoreingenommen in aktuelle Projekte der Stadtentwicklung ein. Anstatt Beschwichtigung oder Diskriminierung findet sich im Stadtlabor eine Lösung gegen die ursächlichen Auslöser von Politikverdrossenheit, Ohnmacht und Abhängigkeitsgefühle. Multikausale Probleme können nicht auf kleine fragmentarische Planungsprobleme reduziert werden. Ein Stadtlabor ist daher immer auch darauf ausgerichtet, die Auseinandersetzung über die materiellen und diskursiven Voraussetzungen an der Teilhabe der Stadt zu moderieren.

Stadtlabore können in ihrer Zielausrichtung variieren und wurden durch das Kollektiv des ZBK beispielsweise zur Adressierung von Leerstand, zur Belegung von Innenstädten oder der Begleitung von Beteiligung in Top-down-Prozessen genutzt. In einem Stadtlabor werden themenspezifisch experimentelle Aufsuchungs- und Aktivierungsformate erprobt. Es ist ein wiederkehrendes, zeitlich beschränktes Format mit einem offenen, inklusiven Charakter. Entgegen der etablierten Meinung „Die, die kommen, sind die Richtigen!“ ist ein Stadtlabor stets bestrebt, Menschen zu beteiligen, die nicht für sich selbst sprechen können. Über ein Stadtlabor übernimmt eine Kommune die Verantwortung für die Beziehung, die es zu seinen Stadtnutzern hat.

Neue Strukturen statt neuer Projekte

Bundesweit steigt das Misstrauen der Menschen in die Demokratie, die unzureichend Teilhabe und Repräsentanz bereitstellt. Während es zu der Frage nach den Stakeholdern von Beteiligungsprozessen und ausreichenden Datenerhebungen keine abschließende Antwort gibt, kämpfen rein zivilgesellschaftliche Projekte um ihre Legitimation und die Anerkennung von Gemeinnützigkeit. Neben den vielfach kritisierten fehlenden Strukturen und Prozessen für Betei-

ligung konstatiert der Antagonismus zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft überdies fehlende Transparenz und Kommunikation. Während das Potenzial und die Verantwortung der Zivilgesellschaft idealisiert wird, zweifeln die Kommunen deren Legitimität und Gemeinwohlorientierung an. Obwohl die positiven Ergebnisse projektbezogen bei zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht von der Hand zu weisen sind, muss dennoch die Frage nach den Wurzelproblemen für Demokratieverdrossenheit und stark privilegierter Beteiligung gestellt werden.

Das Zentrum für Beteiligungskultur kann es ermöglichen, den Diskurs zu den grundlegenden Fragen der Stadtplanung zu öffnen. Wie entwickelt eine Stadt eine Beteiligungskultur? Wie motiviere ich Menschen, ihre Bedürfnisse in Beteiligungsprozessen zu formulieren? Wie stelle ich Begegnung und Kommunikation zwischen unterschiedlichen Akteuren und Gebieten der Stadtentwicklung her? Die unterschiedlichen Prototypen, wie der Wohnraumhafen oder Stadtlabore, schaffen echte Beteiligungskultur jenseits leerer Teilhaberversprechen und Verantwortungsverschiebung. Das Zentrum für Beteiligungskultur sieht sich als Mittel, um auf eine Systemkrise hinzuweisen und langfristig passgenau neue Strukturen zu entwickeln.



Line Bernstein

Architekturstudium Bauhaus-Universität Weimar; freiberufliche Tätigkeit im Bereich Kreative Stadtentwicklung; Alte Feuerwache Weimar Projekt GmbH, Quartier für Alle e. V.

Quellen:

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020): Glossar zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung. Bonn.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2021): Stadt gemeinsam gestalten. Neue Modelle der Koproduktion im Quartier. Bonn.
- Calbet i Elias, L./Kleine, A./Raab, S./Vollmer, L./Zanders, T. (o.J.): Teilhabe und Gemeinwohl – ihre Krisen im deutschen Wohlfahrtsregime. Begriffsdefinitionen und aktuelle Verortungen. Working Paper des Forschungsprojekts KoopWohl. URL: https://e-pub.uni-weimar.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/4432/file/Vollmer_etal_TeilhabeundGemeinwohl.pdf.
- Netzwerk Immobilien e. V. (2022): Über uns. URL: <https://www.netzwerk-immobilien.de/ueber-uns/>.
- Ostbeauftragter – der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (2022): Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Bericht 2022. Berlin. URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2129976/a63ea9d17b1a3c6063933f9a2e68c345/bericht-des-ostbeauftragten-data.pdf?download=1>.
- Reiser, M./Küppers, A./Hebenstreit, J./Salheiser, A./Vogel, L. (2021): Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2021. URL: https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thu__ringen_Monitor_2021_bf.pdf.
- Tsvetkova, L. (2022): Vielfalt der Wohnprojekte und der kommunalen Instrumente. In: Netzwerk Immobilien e. V. (2022): Strukturen und Prozesse für mehr Gemeinwohl. Heft 2, S. 28–35, Berlin.